

Blaues Blut



Die Geburt eines potenziellen Thronfolgers ist nur dann toll, wenn auch wirklich ein Junge geboren wird. Mädchen können ja nichts

Seite 3

Antifa



Die Randalen auf den Demos am Samstag in Berlin war natürlich Schuld der Antifas. Die Nazis waren wie immer wohlherzogen

Seite 2

Internet



Erste Versuche das Internet zu zensieren erweisen sich als völlig unzureichend, machen den Verantwortlichen aber Lust auf mehr

Seite 4



<http://bo-alternativ.de>



Europäischer Protest läuft an Mittwoch: Streik-VV

Unter dem Titel „Education is not for sale“ läuft zur Zeit eine europaweite Kampagne gegen Studiengebühren. Während bei uns die Vollversammlung und die eigentliche Aktionswoche ab dem 10.12. noch ausstehen, fanden in anderen Unistädten bereits erste Protestaktionen statt.

Den Anfang haben die sächsischen Hochschulen gemacht. Vom 23. bis zum 26. Oktober organisierte der Studentenrat der Uni Leipzig Aktionstage gegen eine dreißigprozentige Haushaltssperre an den sächsischen Universitäten. Neben einer Vollversammlung in Leipzig mit anschließender Demonstration gab es eine gemeinsame Kundgebung mit Studierenden der anderen sächsischen Unis vor dem Landtag in Dresden, an der laut taz etwa 3000 Personen teilnahmen.

Im sachsen-anhaltinischen Halle besetzten Studierende am 28.11. den Universitätsplatz und verbarrikadierten mit Sperrmüll die Eingänge zu den umliegenden Gebäuden sowie zum Rektorat. Auf Transparenten hieß es dazu gleich im doppelten Sinne zutreffend: „Der Weg zur Bildung bleibt versperrt“. In der

Vorwoche hatten rund 1200 Studierende in Halle bereits eine Senatsitzung gestürmt, um ein Zeichen gegen die allzu bereitwillige Hinnahme von Stellenstreichungen durch die ProfessorInnenschaft zu setzen.

Chipkarte zur Gebührenkontrolle

Einen Tag zuvor gab es an der Uni Düsseldorf eine mit 1000 Studierenden gut besuchte Vollversammlung, die eine Resolution gegen die geplanten Studiengebühren in NRW verabschiedete und sich dazu entschloss, eine Sonder-VV zu diesem Thema am 5.12. um 13 Uhr einzuberufen. Auf der Düsseldorfer Vollversammlung wurden auch Pläne über eine Äußerung des Pressereferenten der Bildungsministerin diskutiert, nach der Studiengebühren bzw. eine effektive Überwachung der Studierenden nicht ohne den Einsatz der Chipkarte möglich wären. Dies hätte die Zusammenfassung von Studierenden-, Bibliotheksausweis, Geld- oder Mensakarte und Studienkonto zur Folge, wobei die Gemeinschaftskarte bis 2003 erstellt sein soll. Man braucht keine hellseherischen Fähigkeiten zu besitzen, um zu errahnen, das die RUB mit ihrem Chipkarten-Studienausweis auch in diesem Falle wieder einmal eine VorreiterInnenrolle übernehmen dürfte.

Zur Vorbereitung der Protestwoche ab dem 10.12. fanden mittlerweile zwei nationale Treffen statt, an denen Gruppen aus den verschiedenen Unistädten teilnahmen. Auch in NRW wie in anderen Bundesländern gab es bereits mehrere regionale Treffen. Bisher steht fest, dass sich die Unis in Berlin, Hamburg, München, Frankfurt am Main, Potsdam, Dortmund, Bochum, Köln, Düsseldorf, Kassel, Halle, Leipzig, Marburg und Münster an den Protestaktionen beteiligen werden. An einigen Unis soll die Vollversammlung sogar über einen Streik entscheiden – es ist daher durchaus möglich, dass sich bereits die ersten Hochschulen im Streik befinden, während die Vollversammlung in Bochum stattfindet.

mac



Bildung is a private issue Das wird nicht billig!

Da nicht alle der über 35.000 Studierenden der RUB – es waren aber sogar fast 30 gekommen – am letzten Donnerstag bei der Informationsveranstaltung zur Situation über Studiengebühren welt- und europaweit im Kulturcafé waren, folgt hier nun ein kurzer Bericht darüber. Als Referent hatten der AStA und die FSVK Stefan Bienefeld (er kommt übrigens aus Bielefeld) vom europaweiten Studierendenverband ESIB eingeladen.

Zu Beginn gab der Referent einen kurzen Einblick in die Studiengebührensituation weltweit. Zum ersten Mal wurden Studiengebühren Mitte der 70er Jahre in den USA unter Präsident Nixon eingeführt – hierzu traten die USA sogar aus der UNESCO aus, da diese damals Studiengebühren noch strikt unterband. Dort gilt kein einheitliches System der Gebührenerhebung, sondern jede Universität kann selbst entscheiden, wie teuer das Studieren bei ihr ist: Somit schwanken die Kosten zwischen 150\$ pro Semester an einigen kalifornischen Unis und 16-17.000\$ pro Jahr an Eliteunis

wie etwa Harvard. Es ist durchaus nicht unüblich, dass Studierende in den USA nach ihrem Studium etwa 100.000\$ Schulden haben. Netterweise bieten die Hochschulen ihren AbsolventInnen bei Studienbeginn aber auch gleich ein passendes Finanzierungs- und Schuldenabbaupaket mit an. Die höchsten Gebühren werden allerdings in Japan (hierzu vielleicht demnächst etwas von unserem Asienkorrespondenten), Südkorea und Kanada erhoben.

Studierendenprostitution

Auch in vielen Ländern der sogenannten dritten, vierten oder der wievielten Welt auch immer, werden inzwischen Studiengebühren an einigen Hochschulen erhoben. Nachdem Länder wie etwa Brasilien und Mexiko sich Anfang der 80er für unfähig erklärten, ihre Schulden bzw. Schuldzinsen weiterhin zu bezahlen, wurden sie in ein Strukturanpassungsprogramm gezwängt. Dies führte zu weitreichenden Einsparungen unter anderem im Bildungssektor, so dass in einigen dieser Länder neben staatlichen Hochschulen schon zahlreiche Privatusen bestehen. Auf den Philippinen etwa müssen auch schon an von der öffentlichen Hand unterstützten Unis Gebühren bis zu 500\$ bezahlt werden. Um diese überhaupt aufbringen zu

können, verdingen sich viele Studierende als Prostituierte. Auf den Philippinen sind dies etwa 2/3 der weiblichen und die Hälfte der männlichen Studis. Doch auch in angeblich so modernen und fortschrittlichen Ländern wie Kanada und England ist der Verkauf des Körpers unter Studierenden inzwischen weit verbreitet. So sorgte beispielsweise der Rektor der Universität von Leeds vor einiger Zeit für einen medienwirksamen Skandal, als er behauptete ca. 60% der Leedser StudentInnen würden sich prostituieren. Denn auch in England ist es sehr weit verbreitet, dass Studis nach dem Studium, so sie denn einen Job finden, erst einmal damit beschäftigt sind, ihre Schulden abzubauen.

WTO, GATS und Bildungsprivatisierung

Eine wichtige Rolle in der weltweiten Diskussion über Studiengebühren spielt auch das GATS, welches im Rahmen der WTO-Verhandlungen 1995 erarbeitet wurde. Dieses General Agreement on Trade in Services regelt den weltweiten Handel mit Dienstleistungen. Als solche Dienstleistungen wurden in diesem Abkommen zunächst einmal 16 Untergruppen definiert, in welche die verschiedenen Dienste eingeteilt wurden. Durch diese Definitionen wurden diese auch gleichzeitig als Waren, welche verkauft und gekauft werden, angesehen. Man unterscheidet zwischen „sanften“ Dienstleistungen wie etwa Bildung, Medizin und „harten“, wie etwa Energie- und Wasserversorgung. Die ersten Auswirkungen dieses Abkommens sind heute schon in der Libe-

ralisierung des Telekommunikationsmarktes oder des Bankenwesens zu spüren.

Grundsätzlich besagt dieses Abkommen nun, dass die nationalen Märkte auch für Dienstleistungen aus anderen Ländern geöffnet werden müssen. Zunächst einmal gilt es aber festzuhalten, dass viele der Regelungen im Rahmen des GATS-Abkommens, aber auch bei anderen WTO-Abkommen noch sehr unspezifisch sind und es somit oftmals zu Streitigkeiten zwischen Mitgliedsländern der WTO kommt, welche dann vor einem Schiedsgericht entschieden werden, wie etwa bei dem Bananenkrieg zwischen den USA und der EU. Um diese Probleme zu beseitigen, werden auf den regelmäßigen WTO-Treffen diese eher allgemeinen Regelungen immer weiter spezifiziert. Doch gibt es schon zwei grundsätzliche Regelungen im Rahmen des GATS, welche auch für den Bildungssektor in Zukunft entscheidend sein können. Zunächst einmal gilt, dass ausländische Bildungsanbieter untereinander alle gleich behandelt werden müssen und darüber hinaus diese ausländischen Verkäufer der Ware Bildung gegenüber inländischen nicht benachteiligt werden dürfen. In letzter Konsequenz, könnte dies bedeuten, dass Privatusen entweder so subventioniert werden müssen, wie staatliche, gebührenfreie Unis, oder

... Fortsetzung auf Seite 2

Der Terror, der Krieg, die deutsche Linke

Die Terroranschläge in New York und Washington vom 11. September und die Reaktionen der westlichen Regierungen darauf haben in der deutschen Linken eine Konstellation geschaffen, die der des 2. Golfkriegs um 1991 ähnelt. Viele Friedensbewegte sehen in den Anschlägen eine direkte, nahezu unwillkürliche Reaktion auf die imperialistische US-Außenpolitik und unterstellen dem Terror somit einen, wenn auch in „unangemessener Form“ realisierten, rationalen Gehalt. Zudem wird häufig in absurder Weise eine weitere Ursache des Terrors in der israelischen Politik ausgemacht und somit eine unselige antizionistisch-völkische Tradition fortgeführt. Einige linke KritikerInnen der Friedensbewegung betonen dagegen zwar zu Recht den antisemitischen Charakter der Anschläge, leiten aus dieser Deutung aber zu Unrecht ein Votum für US-Militärschläge ab. Von naiven Lobgesängen auf die westlich-kapitalistische Zivilisation bis hin zu einem sich in tödungsbedingte Rage redenden Plädoyer für die „Bombardierung islamischer Zentren“ lässt sich dort – zugunsten einer simulierten Realpolitik an der Seite der „Westmächte“ – ein „Totalverlust des angelegenen Wissens (Adorno, Wertkritik)“ feststellen.

Zu diesem Thema wird im Rahmen des PoDI am 11.12. um 20.00 Uhr Günter Jacob einen Vortrag halten. Günter Jacob ist Autor der Zeitschrift *Konkret* und lebt in Hamburg.

Demo gegen Rasterfahndung am 9.12.

In Flugblättern ruft der AStA der Ruhr-Universität dazu auf, am Sonntag, den 9.12. in Düsseldorf gegen Rasterfahndung und andere Einschränkungen von BürgerInnenrechten zu demonstrieren. Der Treffpunkt für die gemeinsame Anreise aus Bochum ist 12.45 Uhr am Bochumer Hauptbahnhof. In dem Aufruf wird darauf hingewiesen, dass die Erweiterung des Instrumentariums der Innenbehörden bereits vor dem Anschlag auf das World Trade Center geplant wurde, der somit mitnichten der Grund für die Gesetzesverschärfungen ist, sondern lediglich ein willkommener Anlass, der diesen Plänen Akzeptanz in der Bevölkerung verschaffen soll. Desweiteren wird auf die Schwammigkeit des Begriffes Terrorismus verwiesen, der zur Zeit alles bezeichnet, was die bestehende Ordnung in Frage stellen könnte. Verwiesen wird dabei auf den „europäischen Aktionsplan gegen Terrorismus“ vom Oktober diesen Jahres, der jede Handlung, die darauf abzielt, „die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen eines Landes ernsthaft zu beeinflussen“ zum Gegenstand hat und der unter anderem einfache Sachbeschädigungen, beginnend mit dem Sprühen von Graffiti als „terroristische Akte“ mit vier Jahren Haft bedroht.

Besonders betroffen von den Maßnahmen der SicherheitshysterikerInnen sind auch diesmal die MigrantInnen, die einmal mehr erleben müssen, dass ihnen trotz zum Teil jahrzehntelangem Aufenthalt als EinwohnerInnen zweiter Klasse besonderes Wohlverhalten auferlegt wird und die auch mit der Rasterfahndung der Mehrheitsbevölkerung mal wieder als Verdächtige, als potentielle TerroristInnen präsentiert werden.

Demo gegen Rasterfahndung und Sicherheitswahn, 9.12.01, 14 Uhr Grabbeplatz (Kunstsammlung NRW) in Düsseldorf, Treffpunkt in Bochum: Hbf, 12.45 Uhr, Weitere Infos im AStA-Servicereferat unter 0234/3226704

Fremdenfeindliche Parolen in der U 35

Am 29.11.2001 verließ eine 17 Jahre alte dunkelhäutige Schülerin die U 35 an der Station Feldsieper Straße. Gegen 19.20 Uhr stiegen mit ihr drei junge Männer aus, die äußerlich der rechten Szene zuzuordnen waren. Einer der Täter erhob den Arm zum Hitlergruß, anschließend gingen sie hinter der Jugendlichen her. Dabei grölte einer der drei fremdenfeindlichen Parolen. Aus Angst rannte die Schülerin weg und flüchtete zu einer in der Nähe wohnenden Freundin. Eine sofort eingeleitete Tatortbereichsfahndung verlief negativ. Die drei Täter, die zwischen 18 und 20 Jahre alt sind, werden wie folgt beschrieben: 1. Täter: 165 cm groß, Glatze, schwarze Bomberjacke mit der Zahl 88 auf dem Rücken sowie einem aufgenähten Hakenkreuz am linken Ärmel. Diese Person war offensichtlich der Rädelführer der Gruppe. 2. Täter: 185 cm groß, kurze blondgefärbte Haare, Nike-Turnschuhe, hellblaue Jeanshose, schwarze Bomberjacke. 3. Täter: 185 cm groß, kurze dunkelbraune Haare, Springer-Stiefel, graue Hose, schwarze kurze Stoffjacke. Hinweise bitte an die Polizeiwache Hofstede unter Telefon 0234/909-3621.

... fortgesetzt von Seite 1

aber auch für jene Gebühren bezahlt werden müssen. Drei Mal darf die/der geneigte LeserIn nun raten, worauf das hinausläuft. Aber Vorsicht ist hier geboten. Es geht nicht darum, die bösen von „Außen“ auf den Markt drängenden Unis als Böse, gegen die ach so guten inländischen auszuspielen. Problematisch ist allein schon der Markt- und Verwertungsgedanke, der dahinter steckt. Denn die Forderung muss natürlich weiterhin lauten, dass Bildung nichts kosten darf.

Bildungsmessen sind Realität

Auf den ersten Blick mag all dies völlig unrealistisch und nach Zukunftsmusik klingen. Wie der Referent aber zu berichten wusste, existieren bereits in vielen Ländern sogenannte Bildungsmessen. Auf diesen Messen treten verschiedene Unis in einen offenen Wettbewerb um die Studierenden. Hochglanzbroschüren und die entsprechenden Grinsekarten und -kater, die diese an die potentiellen KonsumentInnen bringen wollen und sich auch nicht zu dumm sind, in entsprechende Folklorekostüme zu steigen, gibt es dort natürlich auch.

Auch auf diesen Messen werben viele dieser Unis gleich mit einem kompletten Finanzierungspaket, um die horrenden Gebühren bezahlen zu können und bieten eine Haftungsversicherung an. Dies bedeutet, dass bei Nicht-Einhalten des Versprochenen, d.h. Verwertung des angekauften Wissens in Form eines lukrativen Jobs, die Gebühren theoretisch wieder erstattet werden. Bisher wurde aber kein Fall bekannt, dass diese Haftungsversicherung auch eingetreten ist, denn wer nach dem gekauften Studium keinen Job bekommt, ist vielleicht einfach nicht gut genug gekleidet oder zu faul sich zu bewerben.

Die Ironie dieses doch eher unangenehmen Schicksals ist, dass diese Bildungsmessen nicht etwa überlaufen sind, weil die potenziellen KundInnen gegen ihre Degradierung zu KäuferInnen einer Ware protestieren, sondern sie sind es, da die Leute hoffen, nicht zu spät zu kommen, und noch einen der heißbegehrten Studiplätze im warmen Australien ergattern wollen.

Protest auf EU-Gipfel in Brüssel

Hinter diesen Plänen stehen nun verstärkt eherweise oftmals Industrielobby, wie etwa der ERTI (European Round Table of Industrialists), die es natürlich gerne sehen, wenn ihre potenziellen ArbeitnehmerInnen ihre Ausbildung selber zahlen, um somit Produktionskosten zu sparen. Somit werden die wichtigsten Entscheidungen bezüglich Bildungsprivatisierung auch von Wirtschaftspolitikern und nicht etwa von Bildungs-,expertInnen getroffen.

Auf dem nächsten EU-Gipfel im Dezember in Brüssel stehen weitere Entscheidungen bezüglich der europäischen Vorschläge für die nächste WTO-Verhandlungsrunde im nächsten Jahr ins Haus.

Hier werden auch weitere Ideen bezüglich der Ware Bildung erörtert. Da diese Entscheidungen, wie alle Prognosen voraussagen, eher zu Ungunsten der Studis ausfallen werden, ist für den 14. Dezember eine Demonstration von Studis aus allen EU-Ländern geplant, bei der der Protest deutlich artikuliert werden soll. Wer also keine Lust hat, demnächst neben dem Studium regelmäßig Lotto zu spielen, auf den Strich zu gehen oder aber bei Günter Jauch im Studio sein/ihr Studium zu finanzieren, ist aufgerufen, mit auf die Demo nach Brüssel zu fahren. Karten für die Busfahrt von und nach Bochum gibt es für schlappe 20,- Mark im Service-Referat des AStA. Ein sicherlich sehr billiges Angebot im Vergleich zu 500 Euro Studiengebühren pro Semester.

WC



Naziaufmarsch verhindern!

Nach Angaben der Antifa Dortmund-Nord haben Neonazis für Mittwoch, den 5.12. einen Aufmarsch in Dortmund angekündigt. Die Antifa Dortmund-Nord ruft zu Gegenaktivitäten auf und ist im Internet unter www.free.de/antifa zu besichtigen.

Polizeiknüppel für Rabbi Krawalle in Berlin

Einem Aufruf der NPD folgend, marschierten am 1.12. in Berlin rund 3.000 Neonazis auf, um gegen die Eröffnung der Nachfolgeausstellung der Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht“ zu protestieren.

Um dies zu verhindern, hatten sich ab 11 Uhr rund 800 AntifaschistInnen versammelt, die versuchten, auf die Aufmarschstrecke der Nazis zu gelangen, um diese zu blockieren. Mit einem Großaufgebot riegelte die Polizei ein ganzes Stadtviertel vollständig ab, um einen störungsfreien Ablauf des Nazi-aufmarsches zu gewährleisten. Auch AnwohnerInnen und TouristInnen hatten keine Chance, in das abgeriegelte Gebiet zu gelangen. Die Gegendemonstration wurde in der Oranienburgerstraße gestoppt. Als die Demospitze versuchte, die Polizeiabsperrung zu durchbrechen, eskalierte die Situation erstmalig. Mit Steinwürfen versuchten AntifaschistInnen, den Durchbruch zu erzwingen, wurden aber von Wasserwerfern der Polizei zurückgeschlagen. Während zahlreiche AntifaschistInnen erfolglos versuchten, auf Umwegen zu der Nazidemo zu gelangen, eskalierte die Situation in der Oranienburgerstraße noch mehrmals. Vor der Kulisse der Berliner Synagoge griff die Polizei die dort Versammelten mehrmals mit Knüppeln, Wasserwerfern und Tränengas an, einschließlich der Vertreter der jüdischen Gemeinde und des Rabbiners ins Amtstracht. Die DemonstrantInnen wollten nach dem gescheiterten Durchbruchversuch die Oranienburgerstraße besetzt halten, um den Nazis die Möglichkeit zu nehmen, wie von diesen gefordert, an der Synagoge vorbei durch das historische Scheunenviertel zu ziehen, das einmal ein Zentrum jüdischen Lebens



war, bevor die Vorgänger der NPD diesem durch Massenmord ein Ende bereiteten.

Nachdem die Nazis weitergezogen waren, gelang es dem ehemaligen PDS-Chef Gregor Gysi, die Menschen in der Oranienburgerstraße zum Abzug zu bewegen, sie begaben sich zu der Ausstellung, gegen die der Naziaufmarsch sich richtete.

Zum massenhaften Besuch der neuen Wehrmachtausstellung hatte Berlins Politprominenz und das Spektrum der „Anständigen“ aufgerufen – in der Hoffnung, dass die zahlreich erscheinenden Menschen die Strasse vor dem Ausstellungsgebäude bevölkern und den Nazis damit die Möglichkeit nehmen würden, dort entlang zu marschieren. Allerdings hatten auch sie ihre Rechnung ohne die Polizei gemacht, die den Zugang zur Ausstellung lange Zeit strikt reglementierte, wie die OrganisatorInnen der Ausstellung beklagten.

Abseits der Oranienburgerstraße versuchten immer wieder Gruppen und kleinere Aufzüge von AntifaschistInnen, sich den Nazis in den Weg zu stellen und stießen dabei immer wieder auf Absperrungen der Polizei, die alles daran setzte, größere Menschenansammlungen einzukreisen und zu zerstreuen. Kleinere Gruppen reagierten mit dem Bau von Barrikaden und zündeten Container an. Zwar beeinträchtigte dies den Naziaufmarsch kein bißchen, erhöhte aber den Druck auf die politisch Verantwortlichen, sich zur Verhinderung von Naziaufmärschen etwas einfallen zu lassen. Angesichts des Aufwandes, den die Polizei bundesweit bereit ist, für den störungsfreien Ablauf von Naziaufmärschen zu betreiben, ist sinnloses rioting vielleicht die einzige Aktionsform, die noch bleibt.

Obdachlose und Junkies raus Bitte draussen bleiben

Gewerbetreibende und selbstverständlich verständigen diese sich auf Maßnahmen, ohne die Betroffenen auch nur anzuhören.

In einem solchen Gremium, dem Essener Lenkungsrat, hatte der zweite Referent mitgewirkt, der Essener Professor Horst Bossong. Auf Wunsch der Stadt habe die Uni Essen sich am Lenkungsrat beteiligt, berichtete er, er selbst übernahm dabei die Moderation. Er habe sich dafür eingesetzt, die Szene am Bahnhof aufzulösen, auch im Interesse der Betroffenen. Dabei sollte das polizeiliche Vorgehen gegen diese Szene mit Hilfsangeboten Hand in Hand gehen. Eine „rechts- und sozialstaatliche Lösung“ als Konsens für alle kommunalen Akteure sei sein Ziel gewesen. Dass die Ängste in der Bevölkerung irrational sind, räumte er ein, plädierte jedoch dafür, sie als gegeben anzuerkennen und ernst zu nehmen.

„Die Politik instrumentalisiert den Konsens des Lenkungsrates“ hielt ihm aufgebracht der dritte Referent, ein Vertreter der „Integrationshilfe“ entgegen. Er nannte erschreckende Beispiele für den aktuellen Umgang mit Obdachlosen und Drogenabhängigen in Essen. Verkäufer von Obdachlosenzeitschriften, bei der Polizei als Drogenabhängige erfasste und selbst SozialarbeiterInnen würden von der Polizei schikaniert und vertrieben, selbst kleinere Ansammlungen sofort aufgelöst. Der kleinste Widerspruch selbst unter Berufung auf geltendes Recht könnte den Betroffenen eine Nacht im Polizeigewahrsam einbringen. Vehement kritisierte er, dass der Lenkungsrat die Vorschläge aus Kreisen der Betroffenen nicht berücksichtigt habe.

Keiner der Referenten konnte seine Ausführungen ohne empörte Wortmeldungen von Betroffenen beenden, die das erschreckende Bild von der Situation der „Asozialen“ vervollständigten. Wie Tiere würden sie behandelt, nicht einmal im Wald würden ihnen Treffpunkte zugestanden, den Schikanen von Polizei und privaten Ordnungsdiensten seien sie schutzlos ausgesetzt. Insbesondere Professor Bossong wurde dabei als Vertreter der Stadt angesehen und schwer angegriffen. In der Auseinandersetzung mit den KritikerInnen trat wiederholt zutage, dass der im Lenkungsrat erreichte Konsens Ordnungsamt und Polizei offenbar nur soweit interessiert, als sie ihn zur Legitimation ihres Handelns benutzen. Bossong stellte erneute Gespräche mit den Behörden in Aussicht und hatte insgesamt keinen leichten Stand. Den anwesenden Betroffenen war anzumerken, dass sie zum ersten Mal seit langem überhaupt zu Wort kamen und ihre Beschwerden vorbringen konnten.

geka



Politik mit irrationalen Ängsten

„Die Angst ist im Kern unbegründet“, fasste Frank Hermann zusammen, dennoch werde mit ihr Politik gemacht. Ausführlich erläuterte er, wie durch ordnungspolitische, architektonische und städtebauliche Maßnahmen Bevölkerungsgruppen, deren Anwesenheit zum Problem erklärt wird, aus bestimmten Innenstadtbereichen vertrieben werden. Zum Beispiel Obdachlose und Drogenabhängige. Die Definition der „Problemgruppen“ übernehmen dabei in der Regel demokratisch nicht legitimierte Zusammenschlüsse kommunaler Akteure einschließlich Stadt, Polizei und

Keine Kriminalisierung von Hausbesetzungen Prozesse gegen AktivistInnen für antifaschistisches Zentrum



bsz termine

Mittwoch, 5. Dezember

Frauen in Schwarz

Mahnwache gegen den Krieg gegen Afghanistan
17 Uhr, neben dem Glascafé, Kortumstr.

Ist der Krieg in Afghanistan mit dem Völkerrecht vereinbar?

Diskussion mit dem Völkerrechtler Norman Paech, Hamburg
19.30 Uhr, ver.di - Bezirk NRW (früher ÖTV), Universitätsstr. 76

Donnerstag, 6. Dezember

„Öffentliche Meinung, Patientenrechte und ärztliches Verhalten bei Arzneimittelversuchen 1891-1931“

Referent: Dr. phil. Lutz Sauerteig, Freiburg
18.15 Uhr, Ruhr-Uni, Hörsaalzentrum Ost (HZO), Raum 100

Bündnis Umweltfreundlicher Stadtverkehr

19.30 Uhr, Absinth, Rottstraße

Freitag, 7. Dezember

Videoreihe „Fortgehen – Dableiben – Zurückkommen“: „Cinderella in Paris“

von Fina Torres (Frankreich, Venezuela, Spanien, Belgien, 1994)
19.-22. Uhr, Frauenarchiv ausZeiten, Josephinenstr. 71

„Impro zwischen Milz und Pils“

Impro-Theater Die Hottenlotten
21 Uhr, Simphon, Poststraße

Sonntag, 9. Dezember

Amnesty-Kunstauktion 2001

Eröffnung der Ausstellung
Schauspielhaus, oberes Foyer

Montag, 10. Dezember

Tauschring Bochum

19 Uhr, Melanchthon-Saal, Königsallee 48

„Folter und Asyl: Flüchtlingserfahrungen und Flüchtlingsanerkennung“

Veranstaltung von amnesty international
19 Uhr, Augustinussaal im Kirchenforum, Uni-Center Bochum

Verkehrsclub Deutschland, Kreisverband Bochum und Gelsenkirchen

19.30 Uhr, Kolpinghaus, Maximilian-Kolbe-Str. 14

Antifa-Plenum

19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer (Eingang: Kino-Café Endstation)

Anti-Atom-Plenum

20 Uhr, Bahnhof Langendreer (Eingang: Kino-Café Endstation)



Dienstag, 11. Dezember

Arbeit im „Dritten Reich“

Arbeit und Wirklichkeit im „Dritten Reich“ (Film)
18 Uhr, Haus der Geschichte des Ruhrgebiets, Clemensstraße 17-19

Der Terror, der Krieg und die Linke

Günther Jacob (Autor der Zeitschrift Konkret) zur Bedeutung des Terroranschlags vom 11. September und den Reaktionen der deutschen Linken. Veranstalter vom ASTA der Ruhr-Uni.
20 Uhr, Kultur-Café, Ruhr-Uni

Am 2. Dezember war es ein Jahr her, dass die ehemalige Feuerwache an der Frieda-Schanz-Straße zum ersten Mal besetzt wurde. Jetzt findet am 13. Dezember der Prozess gegen fünf Menschen statt, die im Januar 2001 die seit der ersten Räumung wieder leerstehende Feuerwache sowie ein Gebäude auf dem US-B-Gelände besetzt hatten. Das Verfahren gegen einen weiteren Besetzer ist in Celle gegen Zahlung von 250 DM eingestellt worden.



Beide Besetzungen waren Versuche, in Bochum ein antirassistisches Zentrum (az) durchzusetzen. Besetzt wurde, da die Stadt Bochum auf Forderungen nach Räumen von verschiedenen Initiativen immer wieder behauptet hatte, es gäbe diese Räumlichkeiten nicht. Diese Ausreden wurden mit den Besetzungen widerlegt. Gleichzeitig war es Ziel der Besetzungen, einen selbstverwalteten Raum zu

schaffen, in dem die verschiedenen politischen, sozialen und kulturellen Initiativen ihre Arbeit umsetzen und miteinander kommunizieren und kooperieren können. Angesichts der Situation in Bochum, die einerseits durch eine zunehmende Präsenz von Nazis in der Innenstadt, Übergriffen auf MigrantInnen und andererseits durch staatlichen Rassismus gekennzeichnet ist, der sich u.a. äußert in rassistischen Sondergesetzen, Residenzpflicht, Abschiebungen oder rassistischen BGS-Kontrollen, war und ist es notwendig, dass sich der Schwerpunkt der politischen Tätigkeiten des az auf Antirassismus und Antifaschismus konzentriert.

Sicherer Investor nicht auffindbar

Trotz der Unterstützung von vielen Menschen und der Absicht von über dreißig Initiativen, die Feuerwache gemeinsam nutzen zu wollen, wurde diese am 6. 12.

Warum sich nicht alle JapanerInnen über den kaiserlichen Nachwuchs freuen können Erst Hiroshima und jetzt das!

Das bringt das Leben in einer Monarchie wohl zwangsläufig mit sich: Man entkommt der Nachricht über die Geburt kaiserlichen Nachwuchses und den vielfältigen Reaktionen darauf nicht, egal, was man auch anstellt. Seien es die vor Glückwünschen überschäumenden Schlagzeilen der großen Tageszeitungen, die kitschig-bunten Sondernummern der Illustrierten, die sich bis in die Wortwahl hinein ähnelnden Grußadressen der Chefs der großen Parteien oder die Tatsache, dass schon am Tag danach das autoritative Buch zur Geburt in allen Buchhandlungen zu erwerben war: Die öffentliche Gleichschaltung in Japan scheint angesichts der offenkundig ohne Komplikationen zu Ende gegangenen Schwangerschaft der Kronprinzessin Masako ungebrochen.

Nach Misstönen im wohligen Gleichklang muss man zwar etwas suchen, aber es gibt sie. Nein, hier soll jetzt nicht die Rede von dem auch in den westlichen Medien erkannten Problem sein, dass Masako (bzw. natürlich ihr Gatte) leider versagt hat, weil es dann doch nur ein Mädchen geworden ist, Frauen aber laut der seit etwa 100 Jahren geltenden Regelung dummerweise von der Nachfolge auf den Kaiserthron ausgeschlossen sind. Der forschende Blick soll vielmehr auf die ortsansässige Linke und ihre postnatale Situiertheit gerichtet werden.

KommunistInnen für den Kaiser

Gleich an prominentester Stelle findet man in misslicher Lage die Kommunistische Partei Japans (KPJ). Lange die einzige parlamentarische Kraft, die offen für die Abschaffung der Monarchie eintrat, hat sie diesen Passus vor ein paar Jahren aus ihrem Programm gestrichen. Dieser offensichtlich nach der Gunst der WählerInnen schießende Beschluss bedeutet natürlich nicht, dass man nun das Kaiser-

haus heiß und innig liebt. Die Devise lautet vielmehr, jegliche Stellungnahme nach Möglichkeiten zu vermeiden. Typisches Beispiel dafür ist die an gekonnter Neutralität vermutlich schwer zu über-treffende Antwort des Generalsekretärs auf Nachfragen von Reportern: „Es ist immer ein freudiges Ereignis, wenn ein neues Menschenleben geboren wird.“ Ende der Durchsage.

Großvater: Kriegsverbrecher – Enkel: Mädchenzeuger

Das offizielle Arrangement mit der Monarchie hatte die KPJ nur noch weiter von der ohnehin längst mit ihr nicht mehr sonderlich befreundeten Neuen Linken entfremdet. Diese sieht in dem Kampf gegen „das Tenno-System“ nach wie vor eines ihrer vornehmsten Ziele. Zumal zum Zeitpunkt der ersten Teilnahme an einem Kriegseinsatz nach den ruhmlosen letzten Schlachten um die Heimatsinseln im August 1945 wird jeder Hinweis auf das Kaiserhaus, und sei es auch nur die Schwangerschaft der Kronprinzessin, mit einem lautstarken „Zerschlagt das Tenno-System!“ kommentiert. Einen friedfertigeren Mann als den regierenden Tenno und Hobby-Mediävisten Akihito kann man sich allerdings nur schwer vorstellen. Das Interesse der Regierung Koizumi am Kriegseintritt in Afghanistan (gerne aber auch Irak oder anderswo, da nimmt man es nicht so genau) ist wohl weniger darin zu suchen, dass sie die goldenen Zeiten des Kaiserreiches Groß-Japan, wie es weiland unter Akihitos Vater Hirohito existierte, wieder herstellen will, als eher

in einer willkommenen Ablenkung von den sich wie ein Berg auftürmenden innenpolitischen Problemen. Gerade vergangene Woche erst musste Koizumi wieder einen Rückzieher bei einer der versprochenen Reformmaßnahmen machen und zugestehen, dass alle für die nächsten 50 (!) Jahre geplanten Autobahnbauprojekte wie geplant durchgeführt werden und somit ein weiteres sinnloses staatliches Großprojekt gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung nicht gestoppt wird.

Die etwas aufgeschlosseneren Teile der Neuen Linken interessieren sich denn auch mehr dafür, mit welchem gnadenlosen Sexismus der öffentliche Diskurs der Schwangerschaft und Geburt behandelt. Nachdem über die Absolutin einer Elite-Uni und ehemalige Karrierebürokratin im Auswärtigen Amt schon 1999, als sie eine Fehlgeburt erlitt, dieselben Argumente in negativer Form ausgetauscht worden waren, darf sie nun endlich von allen Seiten positiv als Ideal der Mutterschaft gefeiert werden. So werden nicht nur alle denkbaren Fotos und Filmaufnahmen, die Masako zufällig mit einem Baby in der Nähe oder gar im Arm zeigen, ans Licht gezerrt, sondern es fällt auch gerne und wie zufällig das Wort von „der ersten Geburt“.



Denn wenn's schon kein Junge geworden ist, so hat Masako ja doch wenigstens bewiesen, dass sie grundsätzlich ihrem eigentlichen Daseinszweck zu dienen in der Lage ist. Beim nächsten Anlauf klappt's dann ja vielleicht auch mit der Wahl des Geschlechts.

Hans Martin Krämer



Bei T piept's wohl

Wer sich in den letzten Tagen irgendwo auf die Suche nach einer Telefonzelle gemacht hat, könnte meinen, der Handyverkauf sei in den letzten Monaten stark zurückgegangen und müsse durch krudeste Maßnahmen wieder angekurbelt werden.

Denn Telefonzellen im klassischen Sinne, so schön gelb und passend für zwei Personen, die dort entweder telefonieren, sich vor dem Regen schützen, konspirative Treffen (der Klassiker geradezu, da Telefonzellen ja bekannt sind für ihr subversives Potenzial) durchführen oder die von Spionen und Detektiven zur Tarnung genutzt werden gibt es nicht mehr. Denn die Telekom ist neuerdings dabei, in allen Innenstädten so Dinger aufzustellen, die wohl nur im Telekom-internen Sprachgebrauch als Telefonzellen bezeichnet werden. Telefonieren kann man damit aber leider nicht, denn sie bestehen nur aus einem Later-nähnlichem Ständer mit Hörer dran und Karten- oder Münzeinwurfslitz. Wir fragen empört: Wo wird Superman sich in Zukunft umziehen könne?

Okay, im Handyzeitalter ist man ja daran gewöhnt, in der Bahn alle Gespräche der werten Mitmenschen direkt und live mithören zu dürfen. Und gleiches gilt nun auch für diese – ich nenn sie mal Telefonhalter. Jedes Gespräch, welches geführt wird, kann und muss jedeR vorbeikommende PassantIn mithören. Praktisch natürlich für unsere FreundInnen und HelferInnen in Grün: Die können sich die Kosten für komplizierte Abhörtanlagen zwecks Lauschangriff sparen, sondern müssen einfach nur die eine oder den anderen der netten Kontaktbereichs-beamtInnen neben die Telefonhalter stellen und zack: bestens wird alles abgehört.

Fräglich bleibt auch, wozu diese Stahlgitterchen dienen sollen, die unterhalb des Hörers an die Halter angeschweißt sind. Vermutlich dienen sie dem Abstellen von Taschen, Tüten oder ähnlichem, damit diese, wenn es regnet, wenigstens unten trockener bleiben, als sie es ohnehin nicht sind. Hiermit ergeht aber der freundliche Hinweis, nur noch Taschen zu benutzen, deren Grundfläche nicht größer ist als 2 mal 3 cm, denn größer sind die Gitter auch nicht. Vielleicht sollen sie als Sitzfläche dienen, wenn's mal wieder länger dauert. Doch kann man sich auf diese Gitter nur hinsetzen, wenn man einen dünnen, australisierten Arsch hat und darüber hinaus auch noch seinen Rücken problemlos und schmerzfrei

um 90 Grad verbiegen kann, da nämlich sonst selbiger in den Münzeinwurfslitz hineingedrückt wird.

Doch, wie oben bereits angedeutet: Diese Telefonhalter haben nur den einzigen Zweck, den anscheinend brachliegenden Handymarkt so kurz vor Weihnachten anzukurbeln. Denn wer bisher noch dachte, man könne, wenn man mal kurz eben telefonieren müsse, ja ein schönes gelbes Telefonzellen benutzen, ist nun endgültig bekehrt. Nein, das geht nicht mehr. Denn es gibt keine Telefonzellen mehr, sondern nur noch Laternenpfähle mit Telefonhörer und Münzeinwurfslitz dran. Somit werden sich wohl auch die letzten ZauderInnen ein Handy zulegen und ihre Verträge dafür bei der Telekom abschließen, glaubt zumindest wohl der Magentafarbene Verein. Deutsche Telekom: For a worse understanding.



bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Verena Witte, René Voss, Dominique Bender, Johannes Bock

Redaktion dieser Ausgabe: Thomas Friedrichsmeier (tf), Martin Krämer (mk1), Gerd Krauss (geka), Jan Schedler (jas), Thilo Machotta (mac), Andrea Manske (am), Charlotte Ullrich (cu), Franz Witte (wc)

V.i.S.d.P.: Franz Witte (Anschrift siehe unten)
Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900
E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de
WWW: http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz

NRW sperrt amerikanische Internetseiten Ohne Sachverstand immer schön voran

Kaum durch technischen Sach-verstand belastet, dafür in der unumstößlichen Gewissheit für das Gute zu kämpfen, versucht die Bezirksregierung Düsseldorf zur Zeit, den Zugriff auf vier Internetangebote aus den Vereinigten Staaten zu unterbinden. Mit der RWTH Aachen und der FH Köln haben sich auch Hochschulen an den Zensurversuchen beteiligt.

Am 13. November hatte der Düsseldorfer Regierungspräsident Jürgen Büssow rund 90 Internetanbieter zu einer Anhörung eingeladen, um die Provider über die nach deutschem Recht illegalen Inhalte aufzuklären und mit ihnen über die technische Machbarkeit von Zensurmaßnahmen zu diskutieren. Zu einer Einigung kam es auf der Anhörung nicht, da die Einschätzungen der technischen Umsetzbarkeit stark differierten. Unter Fachleuten besteht der Konsens, dass eine effektive Sperrung nicht möglich ist. Dies ließ sich auch schon mehrfach in der Praxis bestätigen, z.B. durch die gescheiterten Zensurversuche gegen den Holocaust-Leugner Ernst Zündel oder die linke Untergrundpostille radikal. Die Bezirksregierung dagegen hält punktgenaue Filtermaßnahmen durchaus für machbar.

vorauselender Gehorsam

Büssow, der als Regierungspräsident auch der Medienaufsichtsbehörde vorsteht und somit oberster Medienwächter in Nordrhein-Westfalen ist, drohte den Providern mit der „Anordnung der Sperrung“ gemäß Mediendienste-Staatsvertrag und weiteren „erforderlichen Maßnahmen“.

Obwohl weder die Rechtsgrundlage für die Drohgebärden aus Düsseldorf geklärt ist, noch über die technische Umsetzbarkeit Einigkeit besteht, haben einige Zugangsanbieter in der Folgewoche mit der Filterung der vier inkriminierten

Internetseiten begonnen. Dabei handelt es sich um die drei Nazi-Seiten front14.org, stormfront.org und nazi-lauck-nsdapao.com sowie die Seite rotten.com, die sich explizit dem Kampf für die Meinungsfreiheit verschrieben hat. Neben absurden Kurzmeldungen, die irgendwo zwischen dem Darwin Award und der Rubrik „Kuriöses“ jeder Tageszeitung anzusiedeln sind, werden bei rotten.com vor allem Bilder gesammelt, die von vereinzelt Nacktaufnahmen abgesehen vor allem Opfer von Unfällen und Gewalttaten zeigen. Man mag solche Bilder abstoßen, geschmacklos oder als Erniedrigung der Menschenwürde der Gezeigten empfinden, doch deckt das umfassende amerikanische Verständnis von Meinungsfreiheit eben auch die Freiheit, Ekelfotos zu zeigen, ab.

Sperrung nur für technisch Unbedarft

In einer schizophrenen Stellungnahme bezeichnet einer der Provider, die Düsseldorfer Firma ISIS, die Zensurmaßnahmen zwar als „eigentlich schwachsinnig“, beteiligt sich aber dennoch in vorauselendem Gehorsam daran: „Um einem ordnungsrechtlichen Verfahren und einem Bußgeld zu entgehen, haben wir vorgegriffen“, erklärte eine Firmensprecherin.

Die vorgenommenen Filtermaßnahmen zeigen wieder einmal eindrücklich, dass eine Filterung des Datenverkehrs technisch gesehen schlechterdings unmöglich ist. Bei ISIS und anderen Internetanbietern wurde am Domain Name System (DNS) angesetzt, das zu einem Domainnamen wie rotten.com die IP-Nummer des Servers herausucht, auf dem die Internetseite liegt. Der manipulierte DNS-Server des Providers leitet nun jede Anfrage nach einer der gelisteten Domain nicht mehr an das entsprechende Angebot in den USA weiter, sondern an ein Meldeformular für illegale Websites bei der Düsseldorfer Bezirksregierung.

Um die Sperre zu umgehen, genügt es, wahlweise direkt die IP-Nummer in den Browser einzutippen oder einen anderen, unzensurierten DNS-Server zu verwenden.

Nach Bekanntwerden der Zensurversuche häuften sich bei „Mullah Büssow“ – wie er in manchen Diskussionsforen genannt wird – schnell die Beschwerden. Die Bezirksregierung folgte in einem logischen Kurzschluss, dass es sich bei den BeschwerdeführerInnen nur „um die Nutzer rechtsextremistischer Angebote im Internet“ handeln könne (Pressemitteilung 467/2001 vom 22.11.). Dass InternetnutzerInnen sich einfach für das Recht auf freie Meinungsäußerung einsetzen, scheint nicht in das Weltbild der Bezirksregierung zu passen.

Schaumschlagerei und blinder Aktionismus

Kritik kam auch von Jörg Tauss, dem Internetexperten der SPD, der Büssow „Schaumschlagerei“ und politischen Aktionismus vorgeworfen hat. Viel wichtiger als die Sperrung bestimmter Inhalte sei seiner Meinung nach die Förderung teilnehmerInnenautonomer Filtertechnologien, mit der NutzerInnen selbst missliebige Inhalte ausblenden können. In die gleiche Kerbe schlägt Andy Müller-Maguhn vom Chaos Computer Club (CCC), der die Förderung einer „gesellschaftlichen Immunität gegenüber Inhalten, die als problematisch empfunden werden“, anstelle von Zensurmaßnahmen fordert.

Neben dem CCC äußerten auch andere Bürgerrechtsgruppierungen wie Artikel 5 oder der Förderverein für Informationstechnik und Gesellschaft Befürchtungen, dass die bislang nur vier Adressen umfassende schwarze Liste aus Düsseldorf schnell erweitert wird.

mac

Weitere Informationen unter
<http://www.ccc.de/censorship/>

- Mensa-Plan für die Woche vom 5. bis 11. Dezember -

Unser Standard	Die „Grüne“ Alternative	Die „Grüne“ Küche	„West-side“	„East-side“
MITTWOCH, 5.12.				
(S) Balkanrollchen mit einer Puztasauce, dazu Djuwetschreis und ein Salat	Rinderbraten mit einer Bratensauce, dazu Kartoffelklöße und ein Apfelrotkohl	Gemüse-Ravioli mit einer Käsesauce, dazu Vollkornspaghetti und ein Salat	(S) Schweinebraten mit Malzbiersauce, dazu geschmorter Weißkohl und Petersilienkartoffeln	Wildragout in pikanter Sauce, dazu Kartoffelklöße und Apfelrotkohl-Gemüse
DONNERSTAG, 6.12.				
Nosi Goreng mit einer Asiasauce, dazu Basmatireis und ein Salat	Putengeschnetzeltes „Gyros Fit“ mit Tzatziki-Dip, Pommes frites und ein Happessalat	Blumenkohl-Käse-Medaillon Kräutersauce, dazu Vollkornnudeln und ein Bohnengemüse	NIKOLAUSSESSEN (S) Schweinefleischbällchen Paprikarahmsauce, Gemüses, Möhrengemüse	NIKOLAUSSESSEN Knusprige Hähnchenflügel mit Currysauce, Pommes frites und eine Salat-Beilage
FREITAG, 7.12.				
(S) Frische Bratwurst mit einer Bratensauce, dazu Bratkartoffeln und ein Salat	Paniertes Fischfilet mit einer Tomatensauce, dazu Spaghettini und Blattspinat	Eieromelette, natur mit einer Schnittlauchsauce, Vollkornreis und Fingermöhrengemüse	Putengulasch in Champignonsauce, Butternudeln, Broccoli-Gemüse mit Semmelbrösel-Butter	Gebackener Seelachs mit einer Kräutersauce, dazu Gemüsekartoffelsalat und eine Kalte Beilage
MONTAG, 10.12.				
(S) Panierte Schweinefleisch-Nuggets mit einer Schokolisauce, Maccaroni und ein Salat	Putengulasch in einer Rahmsauce, dazu Bratkartoffeln und Pariser Karottengemüse	Bami-Medaillon mit einer Asiasauce, dazu Basmatireis und ein Asiangemüse	(S) Schweineschnitzel, mit Champignonsauce, dazu Pommes frites und Tomaten-Salat mit Zwiebelringen	Geflügelsteak mit einer Tomatensauce, dazu Butternudeln und ein Erbsengemüse
DIENSTAG, 11.12.				
Rindergulasch in einer Rotweinsauce, dazu Dampfkartoffeln und ein Erbsen-Möhrengemüse	Hähnchenbrust „Piccata Milanesa“ mit Tomatensauce, grünen Nudeln und ein Salat	Waldpilzragout, dazu Spätzle und Sauerkraut	Geflügelschnitzel, mit Schinken-Käse gefüllt, Geflügelrahmsauce, Kroketten, Blumenkohl-Gemüse	Lammbraten mit einer Rosmarinsauce, dazu Dampfkartoffeln und ein Bohnengemüse